Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11737**

18. Wahlperiode 29.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Kai Gehring, Beate Walter-Rosenheimer, Özcan Mutlu, Manuel Sarrazin, Katja Dörner, Dr. Franziska Brantner, Maria Klein-Schmeink, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Ulle Schauws, Dr. Harald Terpe, Doris Wagner, Marieluise Beck (Bremen), Ekin Deligöz, Britta Haßelmann, Dr. Thomas Gambke, Sven-Christian Kindler, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mit Erasmus+ europäische Gemeinschaft erleben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Europa ist ein Friedens-, Freiheits- und Zukunftsversprechen, ein Stabilitätsanker in einer Welt mit Krisen und Konflikten, ein Kontinent der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit garantierten Menschen- und Freiheitsrechten. Lange Zeit schien die europäische Gemeinschaft und Integration mit ihrem grenzüberschreitenden Zusammenwirken eine für die meisten Europäerinnen und Europäer selbstverständliche und geschätzte Entwicklung.

Nun scheint einerseits Europaskepsis immer stärker um sich zu greifen. Rechtspopulistische, europafeindliche und nationalistische Strömungen stellen europäische Werte und unser gemeinsames Europa zunehmend infrage. Spätestens mit der Brexit-Entscheidung blicken immer mehr Europäerinnen und Europäer mit Sorge auf die Zukunft Europas. Andererseits ist Europa selbstverständlicher Alltag, eint und begeistert Menschen in einer Welt, die zunehmend aus den Fugen gerät. Gerade die Jugend lebt und schätzt Europa mit all seiner Vielfalt, seinen Freiräumen und Möglichkeiten. Mehr als sieben Millionen Europäerinnen und Europäer haben dank „Erasmus+“ und seiner Vorgängerprogramme schon einmal in einem anderen europäischen Land gelebt und gelernt. Wer Europa auf diese Weise erfahren hat, kennt seinen Wert.

Jetzt muss es darum gehen, diese Begeisterung zu stärken und weiterzuverbreiten. Dazu gehört eine europaweite Offensive für sozial-ökologische Investitionen und Innovationen. Mit ihr muss die "europäische Jugendgarantie" endlich umgesetzt werden. Alle jungen Europäerinnen und Europäer müssen nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten.

Der europäische Bildungs-, Forschungs- und Innovationsraum ist kein ferner Traum. Viele Menschen haben den freien Austausch in Europa als Azubis, als Studierende, als Lehrende und Forschende erlebt. Sie tragen die Idee der Europäischen Einigkeit, des Mehrwerts für alle, in sich. Sie können ihn weitertragen und aus ihm eine Neubegründung der europäischen Gemeinschaft und Idee bewirken.

Denn das Lernen und Leben auf Reisen hat ihnen allen in einem Lebensabschnitt die gemeinschaftlichen humanistischen Werte gezeigt. Sie alle haben europäische Gemeinschaft ganz konkret erlebt, ob im Hörsaal, am Schreibtisch oder am Küchentisch ihrer internationalen Wohngemeinschaft. Genau durch diese Begegnungen werden demokratische Bildungsideale zu ganz persönlichen Erfahrungen. Und das wirkt, denn es gibt ihnen und den Menschen, denen sie davon erzählen, die sie davon begeistern wollen, ein neues Teilhabeversprechen für die Zukunft. Denn „Erasmus+“ will alle bewegen, von der Jugendlichen in den Sommerferien bis zum erwachsenen Altenpflege-Umschüler, vom Studierenden bis zur Auszubildenden in der Systemgastronomie.

Diese Gruppe der Begeisterten kann bis Ende 2020 auf rund zehn Millionen anwachsen. Denn Kommission und Parlament haben 2014 für die Jahre bis 2020 fast 15 Mrd. Euro dafür zur Verfügung gestellt. Um gemeinsam mehr Schwung in die Lernreisen zu bringen, hat nun nicht mehr jede Bildungsphase ihr eigenes Programm. Als „Erasmus+“ sind die Klassiker von „Erasmus“, „Leonardo da Vinci“, „Jugend in Aktion“ über „Comenius“ bis „Grundtvig“ unter einem Dach vereint. Auch wenn 15 Mrd. Euro viel Geld sind, so werden von den rund 500 Millionen Europäerinnen und Europäern nur wenige selbst einen solchen Austausch erlebt haben. Für zwei von 100 EU-Bürgerinnen und -Bürgern reicht das Geld. In Deutschland sollen in den Jahren zwischen 2014 und 2020 bis zu 275.000 Studierende, 150.000 Auszubildende und 130.000 junge Menschen unterstützt werden. Besonders wichtig ist es daher, dass das Geld vor allem für die eingesetzt wird, die es sich privat nicht leisten können. Denn das „Reisen, um zu lernen“ ist eine Herausforderung, sowohl finanziell als auch organisatorisch.

Diese Herausforderung ist aber aller Anstrengung wert. Denn Bildung kann zum einen aus volkswirtschaftlicher Sicht zu Wachstum und Beschäftigungsfähigkeit beitragen. Aus gesellschaftlicher Sicht hat sie einen noch viel höheren Wert. Dem Lernen und Sich-Bilden werden noch umfassendere Wirkungen zugeschrieben: das Verringern von sozioökonomischer Ungleichheit, das Fördern sozialer Inklusion, die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, das Bekämpfen von Geschlechterstereotypen, das Vorbeugen gegen Radikalisierung und insgesamt das Entfalten der individuellen Potenziale und nicht zuletzt die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. All das trifft umso mehr auf internationale Lernerfahrungen zu. Das alles klappt aber nicht automatisch, nur weil A von B nach C reist. Gerade für junge Auszubildende müssen in Deutschland noch mehr Anstrengungen unternommen werden, damit auch sie Informationen über ihre Möglichkeiten durch Erasmus+ bekommen. Auch ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern sich, wenn das Sprachenlernen, das Verständnis für kulturelle Vielfalt und die Teilhabe an der Gesellschaft ihnen offen steht.

Und auch der Brexit schafft neue Herausforderungen. Er bedroht für viele Interessierte dies und jenseits des Kanals den Austausch mit dem wichtigen Wissenschaftsstandort Vereinigtes Königreich. Selbst wenn die derzeitige britische Regierung die Zukunft der rund drei Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger in ihrem Land zum Faustpfand in den Austrittsverhandlungen machen sollte, sollte sie den europäischen Austausch im Bereich Wissenschaft und Bildung nicht gefährden. Werte überzeugen, wenn sie die eigene Haltung auch in schwierigen Zeiten prägen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich auf EU-Ebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1) mit einer europaweiten Offensive für sozial-ökologische Investitionen und Innovationen die "europäische Jugendgarantie" endlich umzusetzen,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

damit alle jungen Europäerinnen und Europäer spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten;

2) in allen Teilnehmerstaaten die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, damit vor allem Menschen die Chancen von Erasmus+ ergreifen, die sich das Lernen im Ausland ohne die Förderung nicht leisten könnten;
3) zwischen den Teilnehmerstaaten Ideen voranzubringen, wie alle europäischen Regionen von Erasmus+ profitieren können. Eingefahrene Ströme nur in eine bestimmte Richtung oder nur zwischen bestimmten Staaten sollten zugunsten vielfältiger Austauschkontakte überwunden werden. Dazu müssen vor allem kleinere Staaten in Randlagen, mit komplexen Sprachen und auf den ersten Blick herausfordernden Lern- und Lebensbedingungen als Anlauforte gestärkt und vermehrt ins Bewusstsein gebracht werden;
4) um auch Auszubildende und Geringqualifizierte mehr als bisher über Erasmus+ zu informieren und zu begeistern, sollte auch die EU-Agentur Cedefop stärker involviert werden. Sie kann Qualitätsstandards für Ausbildungsangebote in der gesamten EU entwickeln. Dann wird das Potenzial für die eigene Qualifikation steigen, die Anerkennung im eigenen Ausbildungsgang erleichtert und die Teilnahme am Mobilitätsprogramm damit ein erkennbaren und motivierenden Mehrwert bekommen;
5) alle betroffenen Stakeholder in die Planung und Umsetzung der Programme einzubeziehen: Ausbildende, Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Bildungsinstitutionen und Arbeitsagenturen;
6) für alle Interessierten die Informationen bezüglich der Anerkennung von erbrachten Leistungen im Ausland zu verbessern, damit sie sich leichter für die Teilnahme entscheiden können;
7) sicherzustellen, dass die britische Regierung den europäischen Austausch im Bereich Wissenschaft und Bildung nicht gefährden wird;
8) den Austausch v.a. mit Staaten, die derzeit rechtsstaatliche Prinzipien schwächen oder unterlaufen, dafür zu nutzen, die Kenntnisse über Demokratie und Rechtsstaat zu vertiefen und sich vor allem im Rahmen des Studierendenaustauschs für die Freiheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einzusetzen.

Außerdem fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, auf nationaler Ebene dafür zu sorgen, dass

9) weiterhin das Ziel gilt, bis 2020 endlich für die Bildung 7% des BIP aufzuwenden. Ferner muss für Forschung und Entwicklung endlich ein ehrgeizigeres Ziel in den Blick genommen werden als 3%. Die Bundesregierung ist gefordert, sich dafür einzusetzen, dass gesamtstaatlich bis 2025 insgesamt mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Beide Ziele gehen Hand in Hand: Spitzenleistungen in Forschung und Entwicklung sind auf Dauer nur zu erreichen und zu halten, wenn das Bildungssystem leistungsfähiger, d.h. durchlässiger, chancenreicher und individuell fördernder wird;
10) die Unternehmen ihre Auszubildenden, dual Studierenden und Beschäftigten dabei unterstützen, die Möglichkeiten von „Erasmus+“ zu nutzen,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

damit in Zukunft auch Menschen, die im Betrieb lernen und arbeiten, öfter wertvolle Erfahrungen im europäischen Ausland sammeln können. Dazu gehört auch das vorbereitende Lernen etwa von Fremdsprachen;

11) die Angebote zum europäischen Austausch in Deutschland von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen genutzt werden. Dazu gehört vor allem, bei den Studierenden gezielt dazu beizutragen, dass mehr junge Menschen aus nicht-akademisch gebildeten Familien den Schritt ins Auslandssemester oder Auslandsstudium wagen;

12) BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe so ausgestaltet sind, dass Studium und Ausbildung im Ausland so unterstützt werden, dass auch junge Menschen aus weniger gut gestellten Familien und auch Menschen mit Behinderungen diesen Schritt wagen;

13) die Anerkennung von Studienleistungen im Rahmen der Bologna-Studiengänge gesichert wird.

Berlin, den 28. März 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.